

49 Jahre nach dem Tag des Bodens: Die Massenvertreibung im Naqab geht unvermindert weiter

Adalah Redaktion, 28.03.25

Am 30. März 2025 begehen die Palästinenser den *Tag des Bodens*, der vor 49 Jahren stattfand. *Tag des Bodens* ist zu einem Symbol für den anhaltenden Kampf der Palästinenser gegen Landkonfiszierung und Zwangsvertreibung geworden. Heute, fast ein halbes Jahrhundert später, sind die Palästinenser auf beiden Seiten der Grünen Linie* immer noch mit der drohenden Gefahr von Massenvertreibung und Zwangsumsiedlung konfrontiert.

Seit Jahrzehnten versuchen die israelischen regierenden Behörden, die Palästinenser durch Zwangsräumungen, Hauszerstörungen, große Infrastrukturprojekte wie Straßen und Eisenbahnen, Naturschutzgebiete und forcierte Urbanisierung zu vertreiben.

Im Gazastreifen hat der Krieg nach fast zwei Monaten Waffenstillstand wieder begonnen, und mit ihm sind die Pläne der USA und des Staates Israel, die gesamte palästinensische Bevölkerung zu vertreiben, wieder aktuell. In der Westbank wurden in den vergangenen Monaten mehr als 40.000 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben, insbesondere in den Flüchtlingslagern von Dschenin, Tulkarim und Nur Shams, wo israelische Militäroperationen ganze Gemeinden nahezu unbewohnbar gemacht haben.

Gleichzeitig beschleunigt die israelische Regierung ein breites Spektrum von Annexionsmaßnahmen und verstößt damit unmittelbar gegen das beratende Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Juli 2024.

Im Naqab (Negev) im Süden Israels sind 13 nicht anerkannte palästinensische Dörfer unmittelbar von der Zwangsräumung bedroht, während die israelischen Behörden weitere Pläne zur Entwurzelung, Zerstörung und Auslöschung ganzer Gemeinschaften vorantreiben, die dort seit Generationen ansässig sind. *Adalah* vertritt Hunderte von Bewohnern dreier Dörfer in Räumungsklagen, die vom Staat angestrengt wurden, und unternimmt rechtliche Schritte, um sich gegen umfassendere Pläne zur Massenvertreibung im Naqab zu wehren.

Vertreibung in der Naqab: Die Fälle von Ras Jrabah, Al-Bqea'ah und Umm Badoun

In den vergangenen sechs Jahren, seit Mai 2019, hat Adalah 500 Bewohner von Ras Jrabah, einem nicht anerkannten palästinensischen Dorf im Naqab, gegen staatlich veranlasste Zwangsräumungsklagen verteidigt. 1 Das Dorf befindet sich auf dem Land von Angehörigen des Stammes Al-Hawashleh, die dort seit Generationen leben. Die Räumung soll Platz für die Erweiterung der angrenzenden israelisch-jüdischen Stadt Dimona schaffen, die auf dem Land des Al-Hawashleh-Stammes errichtet wurde.

Die israelischen Gerichte haben bisher dem Plan des Staates, das gesamte Dorf zu vertreiben, grünes Licht gegeben. Dies geschah, obwohl sie zuvor anerkannt hatten, dass die Bewohner seit Jahrzehnten mit Wissen und Genehmigung des Staates auf dem Land leben. 2 Das Bezirksgericht ordnete an, dass die Bewohner ihre Häuser abreißen und ihr Dorf bis zum 31. Dezember 2024 räumen müssen. *Adalah* beantragte die Erlaubnis, beim Obersten Gerichtshof Israels (SCT) Berufung einzulegen, was zu einem vorläufigen Stopp der Evakuierung führte; der SCT verhandelte den Fall am 27. März 2025, und eine endgültige Entscheidung steht noch aus. 3

In einem parallelen Verfahren klagen *Adalah* und *Bimkom* gegen einen Masterplan, der eine Erweiterung von Dimona auf das Land von Ras Jrabah vorsieht. Der Planungsausschuss des südlichen Bezirks lehnte den Einspruch der Organisationen gegen den Plan im Oktober 2024 ab und ignorierte die von den Bewohnern vorgeschlagenen detaillierten und praktikablen Alternativen, die es ihnen ermöglicht hätten, auf ihrem angestammten Land zu bleiben, ohne die Erweiterung von Dimona zu behindern.

In einem parallelen Verfahren klagen *Adalah* und *Bimkom* gegen einen Masterplan, der eine Erweiterung von Dimona auf das Land von Ras Jrabah vorsieht. Der Planungsausschuss des südlichen Bezirks lehnte den Einspruch der Organisationen gegen den Plan im Oktober 2024 ab und ignorierte die von den Bewohnern vorgeschlagenen detaillierten und praktikablen Alternativen, die es ihnen ermöglicht hätten, auf ihrem angestammten Land zu bleiben, ohne die Erweiterung von Dimona zu behindern. Daraufhin reichten *Adalah* und *Bimkom* eine weitere Petition beim Verwaltungsgericht in Be'er Sheva ein, deren Anhörung für den 25. Mai 2025 angesetzt ist. 4

Adalah vertritt auch die Bewohner von zwei weiteren palästinensischen Dörfern. In Al-Bqea'ah vertreten *Adalah* und die *Meezan Organization for Human Rights* (Nazareth) 550 Bewohner – das gesamte Dorf – vor dem Bezirksgericht Be'er Sheva gegen Räumungsklagen der Israelischen Landbehörde (*ILA*), die sie als „Eindringlinge“ auf ihrem eigenen Land dar-

stellen. Insbesondere hat der Staat keinen öffentlichen Bedarf zur Rechtfertigung ihrer Vertreibung vorgelegt. 5

Darüber hinaus verteidigt *Adalah* die 550 Bewohner von Umm Badoun. Die erste Anhörung vor dem Magistratsgericht in Be'er Sheva ist für den 4. November 2025 angesetzt.

Die Bewohner beider Dörfer wurden ursprünglich in den 1950er Jahren von der israelischen Militärregierung vertrieben und sind nun erneut von einer Zwangsräumung bedroht.

Massenvertreibung unter dem Deckmantel von „Regularisierungs“-Plänen

Seit Jahrzehnten versuchen die israelischen regierenden Behörden, die Palästinenser durch Zwangsräumungen, Hauszerstörungen, große Infrastrukturprojekte wie Straßen und Eisenbahnen, Naturschutzgebiete und forcierte Urbanisierung zu vertreiben. Unter der gegenwärtigen rechtsextremen Regierung sind die sogenannten „Legalisierungspläne“ zur Evakuierung und Umsiedlung von Palästinensern im Naqab zu einem zentralen Thema der Politik, des Diskurses und der Pläne geworden.

Temporäre Umsiedlungslage

Am 25. September 2024 legten *Adalah* und *Bimkom* bei der Planungskommission des südlichen Bezirks Einspruch gegen einen von der Regierung initiierten Masterplan für temporäre Umsiedlungslager ein, in denen Bewohner untergebracht werden sollen, die aus nicht anerkannten palästinensischen Dörfern im Naqab zwangsumgesiedelt wurden. Der Plan erlaubt die Errichtung von Lagern innerhalb staatlich geplanter Dörfer für Palästinenser für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, ohne dauerhafte Wohnlösungen anzubieten. Um die Evakuierung zu beschleunigen, schlägt der Plan vor, in diesen Orten provisorische Wohnkomplexe zu errichten, die über keine angemessene Infrastruktur verfügen und die Bewohner unzureichenden Lebensbedingungen aussetzen. Am 2. Dezember 2024 hielt der Ausschuss eine Anhörung zu dem Einspruch ab, den er am 17. März 2025 zurückwies. *Adalah* und *Bimkom* beabsichtigen, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen.

Das „Rifman-Gesetz“: Eine Gefahr für die palästinensischen Gemeinden im Naqab

Am 26. November 2024 veröffentlichte *Adalah* in Zusammenarbeit mit acht Nichtregierungsorganisationen ein Positionspapier, in dem vor den erheblichen Gefahren des vorgeschlagenen „Rifman Bill“ gewarnt wird. Dieses vom Rifman-Institut entworfene Gesetz zielt auf die palästinensische Bevölkerung im Naqab ab und führt extreme Durchsetzungsmechanismen ein, die viele Aspekte ihres Lebens regeln. Es bedroht die palästinensischen Gemeinschaften, indem es eine weit verbreitete Umsiedlung, auch in anerkannte Dörfer, ermöglicht und dabei wenig bis keine Entschädigung oder Unterstützung für die Umsiedlung bietet. Es

erweitert die staatliche Kontrolle über das Land der Palästinenser, führt strengere Vorschriften ein, gibt jüdischen Siedlungen Vorrang und erhöht das Risiko des Abrisses nicht anerkannter Dörfer. Diese Maßnahmen führen zu einer weiteren Aushöhlung der Landrechte, der Lebensbedingungen und des kulturellen Erbes der Palästinenser und machen die Initiative zu einer ernststen Bedrohung für ihre Gemeinschaften.

Am 27. Februar 2025 nahm *Adalah* an einer Konferenz im Naqab teil, die sich mit den Gefahren des „Rifman Gesetzes“ befasste. Die Konferenz mit dem Titel „Salz der Erde, Stimme des Negev“ wurde vom Regionalen Rat für nicht anerkannte Dörfer in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, darunter *Adalah*, und Vertretern lokaler Volkskomitees organisiert. Der Generaldirektor von *Adalah*, Dr. Hassan Jabareen, die Koordinatorin der Abteilung für Land- und Planungsrechte, Myssana Morany, und der Koordinator des Naqab-Büros, Rechtsanwalt Marwan Abu Frieih, sprachen auf der Veranstaltung.

* Waffenstillstandslinie von 1967

1 <https://www.adalah.org/en/content/view/10032>

2 <https://www.adalah.org/en/content/view/10864>

3 <https://www.adalah.org/en/content/view/11174>

<https://www.adalah.org/en/content/view/11232>

4 <https://www.adalah.org/en/content/view/11189>

5 <https://www.adalah.org/en/content/view/11191>

Quelle: <https://mailchi.mp/adalah/news-28-march-2025?e=4d39b506d7>

Übersetzung: Pako... palaestinakomitee-stuttgart.de